

rief unsere Partei die werktätige Bevölkerung auf, sich hinter die Kräfte des demokratischen Blocks zu stellen, um endlich Schluß zu machen mit den provokatorischen Maßnahmen, die im direkten Auftrag uniformierter westlicher Auftraggeber gegen die politische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Einheit Berlins als der Hauptstadt Deutschlands gerichtet waren. Einzelheiten aus diesem Kleinkrieg vor dem 30. November, organisiert von den Spalterparteien, der Neumann-SPD, der Schreiber-CDU und der Gestapo-Schwennicke-LDP, die sich jetzt schamhaft in FDP umgenannt hat, würden sicher lehrreich sein, aber wir sind ja politische Funktionäre, und ich brauche daher nicht noch besonderes Material vorzutragen über alles das, was diesen Kleinkrieg zum Inhalt hatte. Lehr- und Anschauungsmaterial zugleich aber wird es sein, darüber zu sprechen, was die amerikanische, die englische und die französische Besatzungsbehörde im wohlverstandenen kapitalistischen Interesse als Demokratie ansehen. Die Zustände, die sich hierbei ergaben, haben den amerikanischen Reporter Walter Lippman in leichter Übertreibung veranlaßt, zu schreiben, die Deutschen in Berlin seien bereits auf dem besten Wege zu einem Bürgerkrieg, und der Rest Deutschlands befände sich auf dem gleichen Pfad. Objektiv, wie Amerikaner nun einmal sind — und wir haben so ein besonderes Prachtexemplar von amerikanischem Oberst in Berlin — schrieb Lippman kein Wort davon, von wo aus und in wessen Interesse dieser Bürgerkrieg, wie er den Zustand in Berlin bezeichnete, eigentlich organisiert wird.

Um die Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse in Berlin zu sichern, um eine einheitliche demokratische Macht zu errichten, die wirklich fähig ist, Maßnahmen zur realen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zu ergreifen, kam es am 30. November zur Bildung eines demokratischen Magistrats mit dem Genossen Friedrich Ebert an der Spitze. (Beifall.) In einer imposanten, riesenhaften Kundgebung von mehr als 500 000 Berlinern, zu der die Parteien des Demokratischen Blocks, der FDGB, der Demokratische Frauenbund und der Kulturbund für demokratische Erneuerung Deutschlands aufgerufen hatten und aus deren Vertretern sich auch der Magistrat zusammensetzt, wurde diesem Magistrat bestätigt, daß er das Vertrauen der fortschrittlichen demokratischen Berliner Bevölkerung besitzt.

Durch den 30. November wurden von den demokratischen Kräften Berlins die wesentlichen reaktionären Positionen, die seit Oktober